

Bundesrat verbietet IS

VERBOT Der Bundesrat verbietet die Jihadistengruppe Islamischer Staat (IS) in der Schweiz. Die Verordnung tritt heute in Kraft und ist auf sechs Monate befristet.

Die Gruppierung Islamischer Staat begehe massive Verletzungen der Menschenrechte, schreibt das Verteidigungsdepartement in einer Mitteilung. Aufgrund der Eskalation der vergangenen Wochen habe der Bundesrat entschieden, den IS und verwandte Organisationen zu verbieten. Die Verordnung verbietet sämtliche IS-Aktivitäten im In- und Ausland sowie alle Aktionen, die deren materieller oder personeller Unterstützung dienen, etwa Propaganda- oder Geldsammelaktionen und das Anwerben von Mitgliedern. Widerhandlungen werden mit bis zu drei Jahren Gefängnis oder mit einer Geldstrafe geahndet, sofern nicht strengere Strafen zur Anwendung kommen. *sda*

In Kürze

BANKEN Postfinance krebst zurück

Postfinance-Kunden müssen doch nicht akzeptieren, dass ihr Zahlungsverkehr gegen ihren Willen ausgewertet wird. Auf Druck des eidgenössischen Datenschutzers gewährt die Postfinance ihren Kunden die Wahlmöglichkeit, ob Personendaten zu Marketingzwecken analysiert werden. Konkret geht es um das 2015 geplante Schnäppchenportal der Post-Tochter. *sda*

BILLAG Gewerbe wehrt sich gegen Gebühr

Der Schweizerische Gewerbeverband SGV ergreift das Referendum gegen die neue Billag-Mediensteuer. Wie der Dachverband mitteilte, startete gestern die Unterschriftensammlung. Der SGV wehrt sich dagegen, dass das neue Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) für alle Privathaushalte und für Unternehmen ab einem Umsatz von 500 000 Franken eine generelle Mediensteuer einführen will. *pd/as*

BUNDESRAT Bund setzt ab 2016 auf E-Rechnungen

Die Bundesverwaltung akzeptiert ab dem 1. Januar 2016 nur noch elektronische Rechnungen, sofern der Vertragswert 5000 Franken übersteigt. Dies hat der Bundesrat gestern beschlossen. Heute beträgt der Anteil der E-Rechnungen an den 700 000 jährlich in der Bundesverwaltung eingehenden Rechnungen nur 14 Prozent. *sda*

ARBEITSLOSENZAHLEN Quote bleibt stabil

Die Arbeitslosenquote in der Schweiz ist im September stabil bei 3,0 Prozent geblieben. In der Romandie und im Tessin verbesserte sie sich im Jahresvergleich um 0,1 auf 4,3 Prozent, wie aus der Statistik des Schweizer Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) hervorgeht. Die Quote in der Deutschschweiz blieb mit 2,5 Prozent unverändert. Im Kanton Bern stieg die Zahl der Arbeitslosen um 114 auf 12 654 Personen. Die Quote ist unverändert bei 2,3 Prozent. *sda/as*

EUROPAS VÖLKER OHNE STAAT SEZESSION ODER AUTONOMIE?

Das neu erstarkte Selbstbewusstsein der Minderheiten

Europa wächst zusammen – das ist das Mantra aus Brüssel. Doch nicht nur in Katalonien oder Schottland träumen viele von der Unabhängigkeit. 1989 gab es in Europa 35 Länder, heute aber sind es bereits 47. Die Sprache spielt bei den Separationsbestrebungen in West und Ost nicht immer die Hauptrolle.

Padania. Das war der Traum von Lega-Gründer Umberto Bossi in Italien. Angetreten war er 1990, um mit dem «diebischen» Rom abzurechnen. Ziel war die Unabhängigkeit des Fantasiegebildes Padania im Norden. Im September 1996 wollte Bossi mit einem Marsch von der Quelle des Po bis zu dessen Mündung in die Adria mit viel Brimborium die Scheidung von Rom einleiten. Dann wurde der heute 73-Jährige (erneut) Juniorpartner in der Regierung von Silvio Berlusconi. 2005 vermochte er so eine bescheidene administrative Dezentralisierung durchzusetzen und feierte diese als Prestigeerfolg. Devolution statt Padania. Der Berg hatte eine Maus geboren. Eben hat die Regierung von Matteo Renzi auch diese Maus verschluckt: Die Dezentralisierung habe nur Doppelspurigkeiten und Kosten verursacht. Viele Provinzen werden jetzt ganz abgeschnitten.

Instrument Finanzausgleich

Die Lega Nord steht für jene zahlreichen Bewegungen in der Europäischen Union, welche sich vom Zentralstaat bevormundet fühlen und sich von diesem im Rahmen der Verfassung emanzipieren oder gleich ganz abspalten wollen. Im Vordergrund steht dabei eher ökonomischer Egoismus als ethnisch-sprachliche Fragen. Die Lombardei gehört zu den wirtschaftlich stärksten Regionen in Europa, sie möchte Italiens darhenden Süden nicht permanent mitfinanzieren. In wirtschaftlich schwächeren Regionen wird umgekehrt oft an die nationale Solidarität appelliert. In der Schweiz oder Deutschland ist sie durch den Finanzausgleich gar institutionalisiert. Gerade in Krisenzeiten wird der Mechanismus infrage gestellt. In Deutschland haben die Geberländer Bayern und Hessen dagegen Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht und bezeichnen diesen Schritt als «Akt politischer Notwehr».

Doch nicht immer bleiben die Mittel und Wege friedlich. Im Südtirol, im Baskenland oder auf Korsika gehörten Terroranschläge von Untergrundorganisationen und Separatisten über Jahrzehnte zum Alltag. Dem Terror der baskischen Untergrundorganisation Eta sind in den letzten 50 Jahren über 850 Menschen zum Opfer gefallen. Erst im November 2011 hat die Eta die Waffen niedergelegt.

Wenige Tausend russische Soldaten genügen, um ganze Regionen langfristig nachhaltig zu destabilisieren.

In Italien versuchten separatistisch gesinnte Südtiroler durch Bombenattentate die Lösung ihrer Region von Rom zu erzwingen. Eine allmähliche Entspannung brachte das Autonomiestatut von 1972.

Auf demokratischem Weg zur Tat geschritten ist man in Schottland: Dort wurde am 18. September ein viel beachtetes Unabhängigkeitsreferendum auch tatsächlich durchgeführt. Die Mehrheit der Schotten will zwar wei-

terhin zu Grossbritannien gehören, doch hat man London so weitreichende Autonomiezugeständnisse abtrotzen können. Alarm ausgelöst hat das Votum auch in Brüssel: Die EU hat zwar klare Regeln für den Beitritt und den Austritt, die Teilung eines Mitgliedsstaates aber wäre für die EU unbekanntes Gelände.

Interne Erweiterung

Dagegen hat die Schweiz Erfahrungen mit «interner Erweiterung»: 1979 entstand so nach einer Kaskade von Abstimmungen der Kanton Jura. Um Regeln für die «interne Erweiterung» wird die EU über kurz oder lang nicht herumkommen.

Denn der Drang nach mehr Autonomie und Souveränität geistert weiter durch das angeblich unaufhaltsam zusammenwach-

Die EU hat zwar klare Regeln für den Beitritt und den Austritt aus der Union, nicht aber für die Teilung eines Mitgliedsstaates.

sende Europa: Zur nächsten Nagelprobe kommt es in Spanien. Am 9. November, just dem Tag des Mauerfalls in Deutschland, will Katalonien ein Referendum durchführen. Es soll zwar nur konsultativen Charakter haben, aber Madrid will dieses «Spiel mit dem Feuer» mit allen Mitteln verhindern und hat deshalb beim Verfassungsgericht dagegen interveniert. Den Separationswillen wird dieses Vorgehen noch zusätzlich bestärken. Ein unabhängiges Katalonien würde mit 7,5 Millionen Einwohnern zu den 15 bevölkerungsstärksten und wohlhabendsten EU-Ländern gehören.

Viele neue Grenzen im Osten

Trotz separatistischer Bewegungen haben sich die Grenzen Italiens, Spaniens, Grossbritanniens und Frankreichs seit dem Zweiten Weltkrieg nicht verändert. In einzelnen westeuropäischen Ländern gab es Modifizierungen der administrativen Verwaltungsgrenzen oder erweiterte Autonomieregelungen. Nachhaltig verändert aber hat sich Europas Gesicht in den letzten 25 Jahren im Osten. Im Sinne des Zusammenwachsens geschah das einzig im Zuge der deutschen Wiedervereinigung. Insgesamt aber gab es 1989 in Europa 35 Länder, heute sind es 47.

Von der Landkarte verschwunden sind vor allem Jugoslawien und die Sowjetunion. Der Vielvölkerstaat Jugoslawien hat sich nach Ende des Kalten Krieges in blutigen Bürgerkriegen selbst zerfleischt. Inzwischen gibt es auf dessen Territorium sieben unabhängige Staaten (vgl. Karte). Die Sowjetunion musste nach der Wende im Zeichen von Glasnost und Perestroika so manch einen ihrer Bestandteile ziehen lassen – begleitet von Aufständen, Revolutionen und Palastrevolten. Anfang der 90er-Jahre jagten sich die Unabhängigkeits-erklärungen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker verdräng-



Auch im 21. Jahrhundert lassen sich selbst in Europa Massen für die Unabhängigkeit mobilisieren: Grosskundgebung

te die territoriale Unantastbarkeit des Sowjetreiches, das von vielen als Gefängnis empfunden wurde. Allein im europäischen Teil der Sowjetunion sind so neben Russland 6 weitere Länder entstanden, die drei baltischen Staaten gehören heute der EU an.

Doch für die Ewigkeit ist auch dieses Europa nicht gemacht: Im März hat Russland die ukrainische Halbinsel Krim annektiert. Putin benutzt das Selbstbestimmungsrecht zynisch als reines Machtinstrument von aussen. Wenige Tausend russische Soldaten genügen, um ganze Regionen

langfristig nachhaltig zu destabilisieren. Das zeigt das Beispiel Transnistriens seit 1992 und der Donbass seit diesem Frühling.

Grösste Minorität ohne Staat

Zwischen allen Stühlen sitzt Europas grösste Minderheit ohne eigenen Staat: Rund 10 Millionen Roma leben seit den Erweiterungs- runden von 2004 und 2007 in der EU. Das sind mehr, als so manches EU-Land Einwohner zählt. Von einem Rezept zur europaweiten Integration des vergessenen und heterogenen Volkes, das sich keinem Staat zu-

gehörig fühlt, ist man weit entfernt.

Die Europeada

Quer durch Europa haben auch viele andere Minderheiten keinen eigenen Staat. Und sie reklamieren das für sich meist auch gar nicht, so wie die Sorben in Sachsen oder die Rätoromanen in Graubünden. Wichtig sind für sie verbriefte und respektierte Minderheitenrechte. Eine Teilnahme als ethnische Gruppe an Olympiaden oder Europameisterschaften bleibt den Roma oder den Sorben verwehrt. 2008 hat man daher die Europeada ins Leben gerufen, die Fussball-EM der sprachlichen Minderheiten. Dort treffen etwa die Nordfriesen auf die Zimbern – eine bairische Sprachminorität im Trentino mit noch rund 1000 Sprechern.

2008 fand die erste Europeada bei den Rätoromanen im Bündner Oberland, 2012 bei den Sorben in der Lausitz statt. Den Final gewannen beide Male die Südtiroler, einmal gegen die Roma aus Ungarn, das andere Mal gegen die Kroaten aus Serbien. Aus reiner Fussballoptik macht die Unabhängigkeit für die Katalanen wenig Sinn. An der Europeada 2008 landeten sie in ihrer Gruppe auf dem letzten Platz mit einem Torverhältnis von 1 zu 39. Sogar die Rätoromanen gingen gegen die Katalanen als klare Sieger vom Platz. *Andreas Saurer*

INTERNATIONALE KONFERENZ IN BERN

Von Schottland bis zur Krim: Die Schotten haben am 18. September 2014 die Unabhängigkeit von Grossbritannien abgelehnt. Die Katalanen haben vor, Anfang November über ihre Loslösung von Spanien abzustimmen. Die Frage der Selbstbestimmung bleibt auch in einem Umfeld politischer Stabilität und innerhalb der EU hochaktuell. Unter umgekehrten Vorzeichen kämpft in der Ostukraine eine von Russland unterstützte russische Minderheit mit Waffengewalt darum, sich an Russland statt am Westen zu orientieren.

Die Universitäts Bern führt zu diesen Fragen von heute bis am Samstag eine internationale Konferenz durch. **Vertreter aus**

in Barcelona am 11. September 2014 für die politische Eigenständigkeit Kataloniens von Spanien.

SEPARATIONSBEWEGUNGEN UND NEUE LÄNDER IN EUROPA SEIT 1989



So hat sich Europa seit 1989 verändert

Aufgeteilte Länder
■ frühere Sowjetunion
■ annektierte bzw. von russischen Truppen destabilisierte Regionen
■ Tschechoslowakei
■ Jugoslawien

Vereinigte Länder

■ Deutschland

■ Separatistische Bewegungen in der EU

Streit um Tattoos bei Grenzwächtern

ZOLL Tattooverbot bei der Grenzwacht: Aspiranten müssen unterschreiben, dass sie sichtbare Hautzeichnungen entfernen lassen. Altgediente Grenzbeamte dürfen sie behalten, müssen dann aber auch bei sommerlicher Hitze Langarmhemd mit Krawatte tragen. Das sorgt für Unmut.

Egal ob Eidechse, Blume, Rose oder der Name der Tochter: Seit vier Jahren darf nur noch Grenzwächter werden, wer unterschreibt, sein Tattoo entfernen und kein neues stechen zu lassen. Denn bei der Grenzwacht sind alle Tätowierungen, die unter der Uniform hervorlugen könnten, verboten. Der Grund: Jürg Noth, Chef der schweizerischen Grenzwacht, ist kein Freund von Hautzeichnungen: Er findet sichtbare Tätowierungen «aggressiv und martialisch». Er lehne sie darum ab, schreibt er in der Oktoberausgabe des Magazins des Personalverbandes Transfair.

Vorschrift präzisiert

Obwohl Tattoos heute als salonfähig gelten und auch prominente Persönlichkeiten wie die Gattin des deutschen Ex-Bundespräsidenten Bettina Wulff, Michelle Hunziker oder die Frau von Alt-Bundesrat Joseph Deiss Tätowierungen tragen, denkt man bei der Grenzwacht nicht an eine Lockerung des Verbots. Im Gegenteil. Grenzwachtchef Noth präzisiert jüngst das bisher offen formulierte und deshalb wohl nicht konsequent durchgesetzte Verbot. Demnach steht nun fest, dass bereits im Dienst stehende Grenzwächter sichtbare Tätowierungen zwar behalten dürfen, diese aber abdecken müssen. Dazu lässt Noth zwei Möglichkeiten offen: Entweder müssen die Grenzwächter die Tätowierun-

gen jeweils vor Dienstantritt mit Schminke abdecken oder stets Tenü Langarm tragen. Das heisst: ein bis zu den Handgelenken zugeknöpftes Hemd mit Krawatte auch bei sommerlicher Hitze tragen, während die Kollegen kurzärmelig und ohne Halsbinder Grenzgänger kontrollieren oder nach Schmugglern suchen. Dass das Kommando der Grenzwacht neu auch bei altgedienten Mitarbeitern präzise Vorschriften zur Abdeckung der Tätowierungen durchsetzt, sorgt bei Grenzwächtern im Tessin für Unmut. Sie beschwerten sich bei Transfair.

Noth verteidigt gegenüber Transfair seine Haltung: Grenzwächter seien für «Reisende die ersten Kontaktpersonen in der Schweiz und somit eine Visitenkarte für unser Land». Er wolle deshalb ein «korrektes Erscheinungsbild». Tattoos seien auch bei vielen Polizeikörpern verboten. Ob Noths Erklärungen, die tätowierten Tessiner Grenzwächter zufriedenstellte, ist laut Janine Wicki von Transfair offen. Unbekannt ist, ob sich Grenzwächter auch in anderen Regionen mit dem präzisierten Befehl schwer-tun.

Polizei ist toleranter

Eine Anfrage bei der Berner Kantonspolizei ergab indessen, dass man zumindest im Berner Polizeikörper einen differenzierteren Umgang mit Blumen, Tieren und Namen auf der Haut pflegt: «Kleinere neutrale Tätowierungen sind grundsätzlich zugelassen, auch wenn sie in Uniform sichtbar sind», sagt Polizeisprecherin Corinne Müller. Nur grossflächige Tätowierungen müssen die Polizisten während des Dienstes bei direktem Kontakt mit der Bevölkerung abdecken.

Mischa Aebi

Alte Gotthard-Bergstrecke bleibt wichtig

VERKEHR Der Bundesrat will die alte Eisenbahnstrecke am Gotthard auch nach Eröffnung des Neat-Basistunnels weiterbetreiben – für den Erschliessungsverkehr und für Touristen. Die Betriebskosten sollen aber gesenkt werden.

Für den Bundesrat behält die alte Eisenbahn-Bergstrecke am Gotthard trotz des Neat-Basistunnels «grosse Bedeutung». Dies aus raumplanerischen, regionalpolitischen und verkehrstechnischen Gründen, wie die Regierung zu einem gestern verabschiedeten Bericht festhält. Mit der Eröffnung des Gotthard-Basistunnels werde der Fern- und der Güterverkehr durch den alten Tunnel weitgehend wegfallen. Weil unklar sei, wie sich die Nachfrage nach der Eröffnung

des Neat-Tunnels entwickle, sei periodisch eine Neubeurteilung nötig. Verbindliche Beschlüsse zur mittel- und langfristigen Nutzung könnten erst nach der Inbetriebnahme des Ceneri-Basistunnels getroffen werden. Aus heutiger Sicht wird das frühestens 2025 der Fall sein.

Bis zum Auslaufen der SBB-Fernverkehrskonzession Ende 2017 wird das Angebot auf der Gotthard-Bergstrecke laut Bundesrat von den SBB erbracht. Wie das Angebot danach definiert wird, werde derzeit geprüft. Klar ist, dass die kostspielige Strecke an Priorität verliert. Deshalb seien kostensenkende Massnahmen umzusetzen. Da der Verkehr über diese Strecke abnehme, sei beispielsweise denkbar, die Abstände für Erneuerungsarbeiten zu vergrössern. *sda*

KORRIDOR WIRD GEBAUT

Der Bundesrat hat gestern die **Vereinbarung mit den SBB zum Ausbau des 4-Meter-Korridors am Gotthard** gutgeheissen. Diese regelt Einzelheiten der baulichen Massnahmen in der Schweiz, deren Finanzierung und **Fertigstellung bis 2020**. Damit kann der Ausbau der Gotthard-Basislinie auf 4 Meter umgesetzt werden. Das Parlament hatte letzten Dezember Bau und Finanzierung zugestimmt. *sda*

ANZEIGE

Qualität ohne Kompromisse



OLMA
Wärmepumpe
Halle 3.0
Stand 3.0.23

WYSS MIRELLA
Tel. 041 933 00 74
6233 Büren